



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Haushaltsausschuss

2013/2095(INI)

15.11.2013

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Entwicklungsausschuss

zu der Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten für einen rechtzeitigen und wirksamen Beginn des neuen Programmplanungszeitraums für die Kohäsionspolitik
(2013/2095(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Frédéric Daerden

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die am 27. Juni im MFR 2014-2020 erzielte politische Einigung; betont die Notwendigkeit, die Verhandlungen über das Gesetzespaket, die Partnerschaftsvereinbarungen und die operationellen Programme möglichst schnell abzuschließen, um einen rechtzeitigen und wirksamen Beginn der neuen Kohäsionspolitik zu garantieren; betont, dass ein Verzug auf Haushaltsebene zur Folge hätte, dass ein Großteil der Zahlungsaufforderungen auf das Jahresende fallen würde;
2. weist darauf hin, dass die bis zum Ende des MFR 2007-2013 akkumulierten, noch abzuwickelnden Mittelbindungen (RAL) zu zwei Dritteln der Kohäsionspolitik zuzuordnen sind¹; bekräftigt die Notwendigkeit einer dauerhaften Lösung, mithilfe derer eventuelle Probleme bei der Umsetzung der Programme der Europäischen Union aufgrund eines Zahlungsmangels gemildert werden können; weist darauf hin, dass die N+3-Regel zwar unabdingbar für die gesicherte Durchführung der durch die Kohäsionspolitik geförderten Projekte ist, jedoch Auswirkungen auf die Akkumulation der noch abzuwickelnden Mittelbindungen RAL haben wird, insbesondere im Falle von Verzögerungen bei der Einleitung neuer Programme;
3. ist der Auffassung, dass für die effiziente Führung der neuen Kohäsionspolitik der Grundsatz der Governance auf mehreren Ebenen unerlässlich ist; betont somit, dass die örtlichen und regionalen Gebietskörperschaften im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten in der Vorbereitungsphase der Programme und Vereinbarungen bei ihrer Umsetzung und bei ihrer Bewertung umfassend beteiligt werden müssen; unterstreicht, wie wichtig es ist, diesen Gebietskörperschaften angemessene Informationen und technische Unterstützung bereitzustellen, um ihren Beitrag in allen Phasen dieses Prozesses zu erleichtern und zu optimieren;
4. weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Schaffung von Synergien zwischen dem EU-Haushalt und den Haushalten der EU-Mitgliedstaaten sowie den regionalen und örtlichen Behörden unerlässlich für Bemühungen um eine Effizienzsteigerung öffentlicher EU-Investitionen ist; fordert die Kommission erneut auf, die diesbezüglichen Modalitäten zur Stärkung der EU-Haushaltsrolle anzugeben;
5. weist erneut darauf hin, dass für eine maximale Wirkung der europäischen Hilfsmaßnahmen und um den nachteiligen Auswirkungen der politischen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung entgegenzuwirken, der integrierte Ansatz und die Koordination zwischen den verschiedenen verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Kohärenz zwischen den bestehenden politischen Maßnahmen und Vorschriften unerlässlich sind;
6. verweist auf seinen Standpunkt zur Bedeutung einer obligatorischen Überprüfung und anschließenden Revision des nächsten MFR 2016, damit die nächste Kommission und das

¹ Ende 2013, sollte der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2013 in seiner gesamten Höhe von 11,2 Milliarden EUR genehmigt werden, könnte das geschätzte Niveau der noch abzuwickelnden Mittelbindungen RAL insgesamt 224 Milliarden EUR erreichen, obwohl die ursprünglichen Schätzungen der Kommission für Ende 2013 einen Wert von 180 Milliarden EUR für die noch abzuwickelnden Mittelbindungen RAL umfassten.

nächste Parlament die politischen Prioritäten der EU neu bewerten, es an die neuen Herausforderungen bei Bedarf anpassen und die jüngsten makroökonomischen Prognosen umfassend berücksichtigen können;

7. begrüßt die positiven Maßnahmen in Richtung einer Vereinfachung und verbesserten Transparenz bei der Verwaltung von Mitteln der EU; unterstreicht, dass einfachere Verfahren dazu führen könnten, dass Mängel abgebaut und somit dadurch europäische Mittel besser eingesetzt werden; betont die Notwendigkeit, einen ehrgeizigeren Ansatz auf Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu verfolgen, um den Zugang zu den Verfahren zur Inanspruchnahme von EU-Mitteln, den Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen und den Kontrollmechanismen zu vereinfachen sowie klare und leicht zugängliche Informationen über die Empfänger von Haushaltsmitteln und die Finanzierungsmöglichkeiten sicherzustellen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	14.11.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 27 -: 3 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Marta Andreasen, Jean-Luc Dehaene, José Manuel Fernandes, Eider Gardiazábal Rubial, Salvador Garriga Polledo, Ivars Godmanis, Ingeborg Gräßle, Lucas Hartong, Anne E. Jensen, Ivailo Kalfin, Sergej Kozlík, Jan Kozłowski, Alain Lamassoure, Jan Mulder, Juan Andrés Naranjo Escobar, Nadezhda Neynsky, Dominique Riquet, Alda Sousa, Derek Vaughan, Jacek Włosowicz
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	François Alfonsi, Maria Da Graça Carvalho, Frédéric Daerden, Edit Herczog, Paul Rübig, Peter Šťastný
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Pablo Arias Echeverría, Jean-Paul Basset, Arkadiusz Tomasz Bratkowski, Jolanta Emilia Hibner, Helmut Scholz, Tadeusz Zwiefka